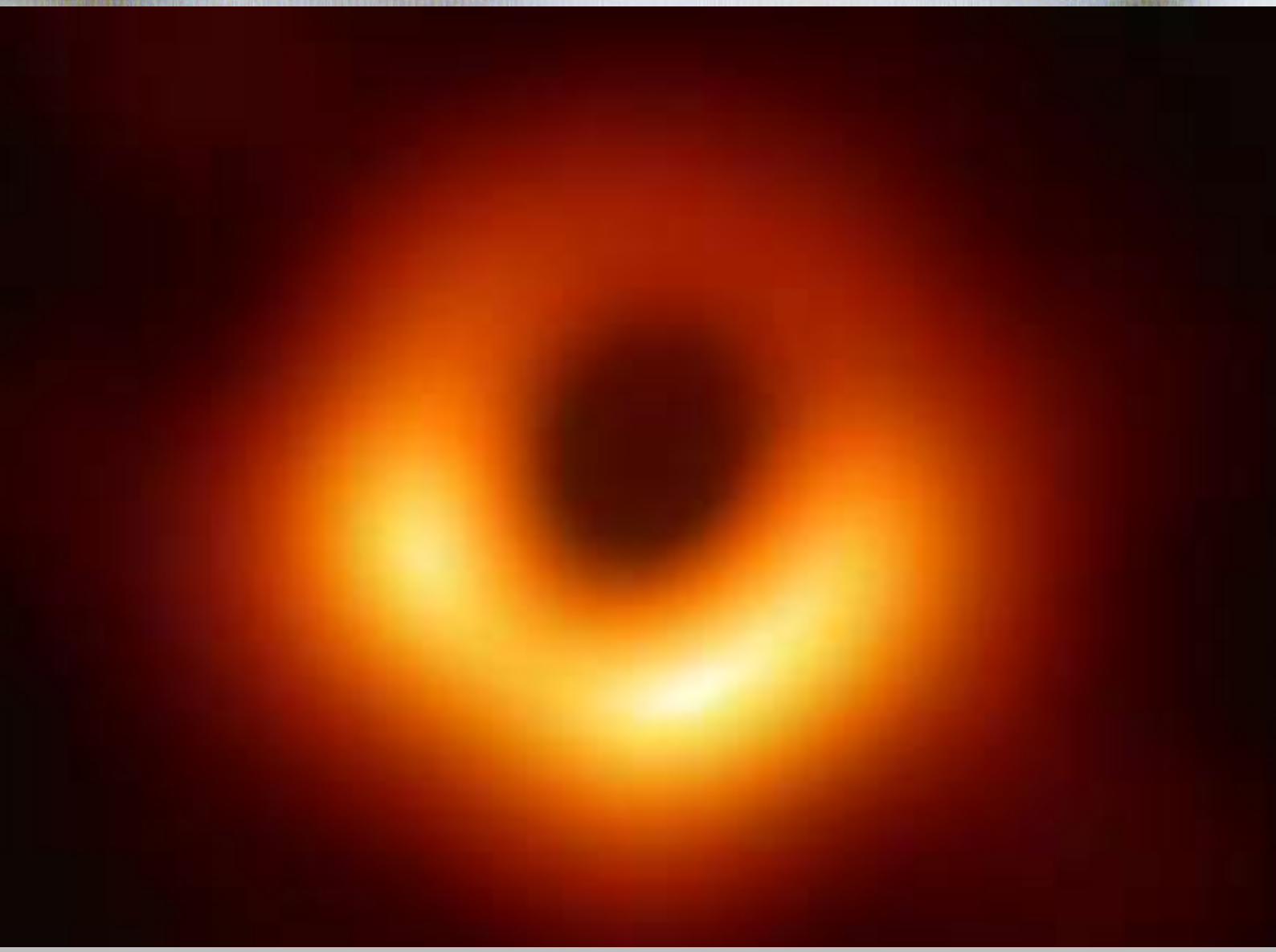
WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

Mai 2019



SL. M 87*

Endstation für unser Recht?

`(sh.Seite 3 ff.!)

Inhalt:

01. SL. M 87* oder Der „letzte Gang“ der Sudend . S. 03
02. Europa und die Vertriebenen S. 06
03. Trauer und Klage einer Kriegerwitwe (Gedicht) S. 07
04. Das Wort des Vorsitzenden S. 08
05. Nachschau zum 4. März 2019 S. 09
06. CR: EU-Förderung gleicht Rückgang aus S. 10
07. Aus der SL-Bundesversammlung S. 11
08. CR: Wasserreserven unzureichend S. 11
09. Framing – Manipulation durch Sprache S. 12
10. Opferhierarchie in der Stadt Frankfurt S. 13
11. Ein Buch von Bernd Posselt S. 14
12. Zum Focus-Interview B. Posselts (Hörrmann) S. 16
13. Offener Brief (Uhlmann) S. 17
14. Wieder eine Restitutionsklage gescheitert S. 17
15. Die Welt verstehen S. 18
16. Besteuerung der Kirchenrestitution beschlossen S.19
17. CR: Schlag gegen Freiheit von Kunst und Kultur S. 20
18. Das Schicksal von Freudenthal (Dr. Mohn) S. 21
19. Der Osten kam im Lutherjahr zu kurz S. 22
… und weitere Beiträge passim

Impressum

DER WITIKOBRIEF.
(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)
Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.
Herausgeber: Witikobund e.V., V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867
Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;
Netzpost: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de
Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2
Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!
Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX);
Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF;
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41,
91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags), Stnr.: FA Bad Homburg, 03 250 99235
Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 62. Jahr!

Man hätte es wissen können

Präsident W.Wilson trat im Januar 1917 seine zweite Amtszeit an.

Woodrow Wilson

„Er hoffte zuversichtlich, die Erschöpfung Europas werde beim Wiederaufbau die Vereinigten Staaten zum natürlichen Führer der Welt machen. Seine in Wort und Schrift vorgetragenen Grundsätze des Friedens und des Schutzes der kleinen Nationen bekommen einen merkwürdigen Beigeschmack, wenn man daran denkt, dass die USA 1915 und 1916 *Haiti* und die *Dominikanische Republik* besetzt und mit Waffengewalt in amerikanische Protektorate verwandelt haben. Daher konnte jeder ahnen, dass der „Schutz der kleinen Nationen“ nichts mit politischer Moral zu tun hatte, sondern nur für Belgien und die Balkanvölker galt.“
(Renate Riemek, Mitteleuropa, S. 126)

Fundstücke:

1. Auf der Heimseite des sudetendeutschen Büros in Prag blieb die Zeit stehen. Der letzte Eintrag geschah 2016!
2. „Wer in einem Land lebt, in dem das Angeln ohne Angelschein bestraft wird, jedoch nicht der illegale Grenzübertritt, der darf sagen, dass dieses Land von Idioten regiert wird“ (Milos Zeman, Staatspräsident, Prag)
3. Elf Millionen deutsche Arbeitnehmer müssen sich nach der jetzt gültigen Rentenformel auf eine Minirente einstellen, auch wenn sie 45 Jahre berufstätig waren (Bild.de, 6.5.2019).
4. Christian Weber (CSU) ist auf Stimmenfang für seine Wahl zum EU-Ratspräsidenten. Dabei verspricht er den Polen die Verhinderung der Nordstream-Gasleitung durch die Ostsee, ohne das deutsche Interesse an einer sicheren Energieversorgung zu berücksichtigen (Vortrag Prof. Gunnar Beck, 5.5.19).
5. Karel Havlicek, der tschechische Wirtschaftsminister, wirbt in Brüssel für den verstärkten Ausbau der Atomkraft, was man, wie er betonte, ideologiefrei akzeptieren müsse (Radio Prag, 6.5.10).
6. Eine KWH Strom kostet in Deutschland 30 ct, in Frankreich 16 ct und in Polen 14 ct. Dabei hat Jürgen Trittin (Die Grünen) als Umweltminister die Mehrkosten für die Energiewende pro Haushalt und Monat mit dem Wert einer „Eiskugel“ (1 €) angegeben. Inzwischen wurde daraus ein kleiner Gletscher mit rd. vierzig Kugeln (TV).

SL. M 87 oder die Sudetendeutschen vor ihrem „letzten Gang“?*

Inhalt: A) Sachverhalt, B) Dokumente, C) Bewertung

A) Sachverhalt:

Vorab die Auflösung der Abkürzungen in der Überschrift und im Umschlagbild. Sie bedeuten „Schwarzes Loch, Messier 87*“ und beziehen sich auf die große astronomische Entdeckung vor wenigen Wochen. In der Tat besteht ja die Gefahr, dass unser Recht, bildlich gesprochen, in der Plasmahölle eines Schwarzen Loches verschwindet. So wurde am 3. April 2019 ein Landgerichtsurteil rechtskräftig, das den SL-Verein förmlich zur Selbstverstümmelung einlud (sh. Ausschnitt nebenan!). Posselt konnte damit seinem Schirmherrn das Feigenblatt liefern, hinter dem sich dieser mit den Tschechen weiter „versöhnen“ kann. Prompt brachten auch CSU und Freie Wähler am 13.3.2019 im Bayrischen Landtag einen diesbezüglichen Dringlichkeitsantrag ein (Wortlaut Anhang „Ba“!).

Ausschnitt aus Seite 1 des Urteil

(Die Form des Dringlichkeitsantrages wurde wahrscheinlich gewählt, um die dreijährige Verzögerung durch die Klagen des Mitglieds Gottstein aufzuholen.)

Der Antrag wäre glatt über die Bühne gegangen, säßen da neuerdings nicht 20 AfD-Abgeordnete im Landtagsrund. Diese formulierten einen Gegenentwurf mit klaren Vorbehalten gegen die Benesch-Dekrete und gegen unausgewogene Verträge mit dem östlichen Nachbarstaat. (Wortlaut Anhang „Bb“!).

Empörender Revanchismusvorwurf

Der Abstimmung ging eine Debatte voraus. Dabei warf Staatsminister Florian Hermann (CSU) der AfD **Revanchismus** vor. Dies ließ vor allem bei den Vertriebenen die Alarmglocken schrillen, denn das klang nach einem Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges! Josef Zellmeier (CSU) musste dann auch den Unrechtscharakter der Dekrete zugeben, verteidigte aber den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Das ist aber so, als hieße es, da muss man nicht so pingelig sein, das waren ja „nur“ Sudetendeutsche, die 1945 beraubt und ermordet wurden. Jedenfalls kann man Trauerbekundungen des Schirmherrn ab jetzt nicht mehr ernst nehmen. Alles wird aber übertönt vom schadenfrohen Hohngelächter der Tschechen. Der sog. Schirmherr macht ihnen den Hof und *„stösst“* (Abg. Maier, AfD) die „Sudetaken“ von sich! Mehr Demütigung geht nicht! Diese Wunde wird lange nicht heilen, selbst wenn es heißt: *Man liebt den Verrat, aber nicht den Verräter*.

Alles, was die Überlebenden wollen, ist die Anerkennung der tschechischen Wiedergutmachungspflicht, denn Vertreibung hat noch nie einen Rechtsanspruch der Vertreiber begründet. Die Einforderung einer Pflicht hat aber nichts mit Revanchismus zu tun. Sollten die Herren Hermann und Zellmeier aber die Tschechische Republik aus ihrer Wiedergutmachungspflicht entlassen wollen, was ja offensichtlich der Fall ist, so ist das nur durch Selbsteintritt in die Wiedergutmachungsforderungen möglich. Die Vertriebenen weigern sich auch, die Entgleisung Hermanns als Versehen zu entschuldigen, denn seine Anwaltskanzlei hat die SL im Satzungsstreit verteidigt, so dass er die Fakten kennt.

Der Witikobund ist bereit, sich dem geplanten Todesstoß gegen die Sudetendeutschen entgegenzustellen und lädt jeden dazu ein, ihm dabei zu helfen!
Denn merke: *„Das Recht ist immer die Waffe der Schwachen“*.

Nachtrag: Einen Protestbrief wegen des Dringlichkeitsantrages richtete unser 2. Vorsitzender an den Ministerpräsidenten und an die Regierungsparteien.

B) Dokumente zu Teil A:

Inhalt: Dringlichkeitsanträge CSU/FW (=Ba), Dringlichkeitsantrag AfD (=Bb), Redebeiträge (=Bc):

Ba) Antrag von CSU/FW:

„Der Landtag begrüßt die positiven Entwicklungen der nachbarschaftlichen Beziehungen zur Tschechischen Republik sowie die stetige Fortentwicklung des 2010 von der Staatsregierung initiierten Dialogs und würdigt die Verdienste der Heimatvertriebenen und Aussiedler, die maßgeblich zur Vertiefung der bayerisch-tschechischen Partnerschaft beigetragen haben. Dieser Dialog ist von unschätzbarer Bedeutung für eine gemeinsame Kultur- und Wirtschaftsregion im Herzen Europas. Die Grenze zwischen Bayern und Tschechien, sie trennt nicht mehr, sie verbindet. Der Landtag unterstützt die Staatsregierung auch weiterhin bei ihren bisherigen Bemühungen um die bestehende partnerschaftliche Beziehung zur Tschechischen Republik:

► Förderung grenzüberschreitender Erinnerungsarbeit,
► Förderung des Ausbaus gemeinsamer, zweisprachiger Kinderkrippen sowie des Tschechisch-Unterrichts im Grenzraum,
► Förderung der grenzübergreifenden berufl. Bildung in Industrie, Handel und Handwerk,
► Förderung bayerisch-tschechischer Jugendarbeit,
► Unterstützung bei der Gründung von Städtepartnerschaften,
► schneller Ausbau der Straßen- und Schienenverbindungen,
► gemeinsame Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, insbesondere von Drogendelikten, Menschenhandel und illegaler Prostitution im Grenzraum in Fortsetzung der bereits bestehenden Kooperationen der bayerischen und tschechischen Ermittlungsbehörden wie zum Beispiel des Gemeinsamen Zentrums der deutschtschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit,
► Prüfung einer grenzübergreifenden Innovationsregion (z.B. für die Bereiche Künstliche Intelligenz, Energie und Smart Regions). Der Landtag wird selbst die Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene ebenfalls weiter vertiefen.“

Bb) Gegenantrag der AfD:

„Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, die freundschaftlich-nachbarschaftliche Beziehung zur Tschechischen Republik weiter zu intensivieren. Hierzu sieht es der Landtag als unerlässlich an, dass die völkerrechtswidrigen Beneš-Dekrete aus dem Jahr 1945 zurückgenommen werden. Eine Partnerschaft bedingt ein Geschichtsbewusstsein auf Augenhöhe und darf nicht nur einseitig gelagert sein. Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei gemeinsamen, völkerverbindenden Projekten auf die Ausgeglichenheit von Maßnahmen im kulturellen und sprachlichen Bereich, in diesem Fall auf eine angemessene finanzielle Beteiligung der Tschechischen Republik, zu achten. Ferner regt der Landtag an, die historische Vergangenheit der Sudetendeutschen mehr zu würdigen und sich stärker für den kulturellen Erhalt dieser deutschen Volksgruppe, v.a. in der Tschechischen Republik einzusetzen. Vorbildhaft könnten hierbei deutschsprachige Ortstafeln nach Südtiroler Vorbild sein, um die gemeinsame Identität und Geschichte im Herzen Europas lebendig zu halten.“

Streit um Benesch-Dekrete im Bayrischen Landtag!

Begründung: Die Staatsregierung vernachlässigt seit Jahren die Interessen der Sudetendeutschen Volksgruppe und verhindert durch eine nachgiebige Haltung der tschechischen Regierung gegenüber eine angemessene, ausgeglichene Kulturarbeit. Vor allem die demütige Haltung, welche die Staatsregierung seit Beginn dieses Jahrzehnts bezüglich der völkerrechtswidrigen Beneš-Dekrete einnimmt, kann nicht weiter hingenommen werden.

Bc) Redebeiträge

Staatsminister Herrmann (CSU) :

*"…. der Antrag der AfD hingegen ist rückwärtsgewandt und trägt eben nicht dazu bei, die bayerisch-tschechischen Beziehungen voranzubringen. Im Gegenteil: Der Antrag ist **revanchistisch** und dient ausschließlich dem Ziel, Zwist und Zwietracht zwischen Bayern, Tschechien und Sudetendeutschen zu säen "* (Landtagsprotokoll, S. 922)

Christoph Maier, AfD:

*"...Sie verschweigen die Beneš-Dekrete, wo es Ihnen recht ist... genau zum jetzigen Zeitpunkt, weil Sie eine neue Form der Partnerschaft anstreben. Wir erleben in der Sudetendeutschen Landsmannschaft eine Entwicklung, dass die Sudetendeutschen, getrieben durch CSU-Funktionäre, in ihrer Satzung das Recht und den Anspruch auf Wiedergewinnung der Heimat streichen wollen. Wir wissen, dass das rechtswidrig ist. Diese Bestrebung zielt nur darauf ab, die sudetendeutsche Volksgruppe jetzt **abzustoßen**, weil sie ihre Schuldigkeit als Wähler getan hat."* (LT-Protokoll, S. 913).

Andreas Winhart, AfD

Andreas Winhart, AfD:

"Unter dem Deckmantel von Dialog und Partnerschaft geben Sie in Ihrem Antrag dem Unrecht, das die Deutschen in Böhmen und Mähren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfahren mussten, die volle Unterstützung. Das ist ein Skandal, wie wir finden. Mit den Beneš-Dekreten fand die Ausbürgerung, Enteignung und somit auch die Gewalt gegen Deutsche, aber auch beispielsweise die Gewalt gegen Ungarn, eine rechtliche Legitimation mit Gültigkeit bis zum heutigen Tag" (LT-Protokoll, S. 915)

C) Bewertung

Die Bewertung beruht auf einer im Netz verbreiteten Stellungnahme und deren Bearbeitung durch Dr. Alf Vincon.

Zur Psychologie:

Auch wenn sich Herr Posselt vor den Tschechen noch so sehr in den Staub wirft, er wird nichts erreichen, denn sinngemäß gilt auch hier der Ausspruch Dr. Gysis (MdB) vom 18.11.2013 im Deutschen Bundestag:

„Mit Duckmäusertum und Hasenfüßigkeit erreicht man keine Freundschaft, sondern das Gegenteil. Nur wenn wir eine gegenseitige Achtung …. herstellen, dann kann es eine wirkliche Freundschaft geben. Dazu braucht man Mumm!“

Eine Lebensweisheit besagt auch: *„Klare Rechnung – gute Freundschaft!“*

Zum Völkerrecht:

1. Eine juristische Rechtfertigung der tschechischen Konfiskations- und Vertreibungsmaßnahmen ist nicht möglich.
2. Die Vertreibung der Sudetendeutschen kann nicht als Reparation gerechtfertigt werden, denn sie entsprang dem Wunsch nach ethnischer Säuberung, also einer reparationsfremden Überlegung. Sie wäre auch unangemessen hoch gewesen.
3. Auch eine Repressalie liegt nicht vor, weil die Vertreibung als endgültige Wegnahme, nicht als Mittel des Beugezwangs erfolgte.

4. Das Völkerrecht begründet durch die Vertreibung keinen Rechtsanspruch für die Vertreiber: Die Eigentumsstellung der betroffenen Personen oder ihrer Erben bleibt erhalten.
5. Die Gesetze sollen immer menschenrechtsfreundlich ausgelegt werden.

Zur Politik:

1. Die Politik muss sich an das Recht halten, denn eine Moral jenseits des Rechts gibt es nicht. Das gilt besonders, wie hier, beim zwingenden Völkerrecht.
2. Wenn der deutschen Politik so viel an der Verbesserung der Beziehungen zu ihrem östlichen Nachbarn liegt, kommt auch der Selbsteintritt in die Wiedergutmachung in Frage. Will Deutschland also die Tschechische Republik wirksam aus ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung entlassen, muss es die tschechische Wiedergutmachungspflicht durch eine eigene angemessene Entschädigungsregelung ersetzen.

*****

Europa und die Vertriebenen

In der Stuttgarter Charta von 1950 gelobten die Vertriebenen, die *„Schaffung eines geeinten Europas mit allen Kräften zu unterstützen“*.
Ob die Verfasser dieser Charta in diesem Jahr (26.Mai 2019) allerdings freudig zur Europawahl gehen würden, darf bezweifelt werden. Sie wussten ja schon damals, mit wem sie es zu tun haben und fügten in ihren Text wohlweislich eine Erläuterung ein. Sie setzten ein Europa voraus, *„in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“*.

EU-Flagge

Dieser Hinweis bedeutete, dass es nicht genüge, der bestehenden Staatenwelt einfach ein EU-Dach überzustülpen, denn gerade diese Staatenwelt war in vielen Teilen nur das Ergebnis von Furcht und Zwang. Will man daher eine neue Welt schaffen, muss man sich von den alten Strukturen und Rechtsbrüchen trennen. Den Vertriebenen wurde das besonders 2004 klar, als die Vertreiberstaaten Polen und Tschechien ohne Wenn und Aber in die EU aufgenommen wurden. Als Leidtragende haben sie daher eigentlich bis heute keine Veranlassung, für dieses Europa *„mit allen Kräften“* einzustehen.

Griff nach den Sozialkassen

Europa hat uns den Binnenmarkt und den ungehinderten Reiseverkehr beschert. Diese Annehmlichkeiten wurden aber teuer erkauft. Besonders für Deutschland haben sich die tatsächlichen Kosten in den letzten zehn Jahren um den Faktor 20 (zwanzig) erhöht. Dazu kommen die indirekten Kosten. So liegt das Wirtschaftswachstum der Euro-Staaten **unter** dem Weltdurchschnitt (außer Japan)! Sehr teuer ist auch die Rettung des Euro durch die Nullzinspolitik. Die deutschen Sparer kostete das seit 2010 gigantische 436 Mrd. €, nicht gerechnet die Einbußen bei den Renten, auf deren Entwicklung die Sozialkassen freundlicherweise jedes Jahr hinweisen! An ein Ende dieser Zinsabstinenz ist leider nicht zu denken, denn das können sich unsere Regierungen nicht leisten, da sie dann für ihre gigantischen Schuldenberge zinspflichtig würden (Alle Zahlen sh. Netz unter „Prof. Dr. Gunnar Beck“).

Folgen des Brexit

Die scheidende EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, das Einstimmigkeitsprinzip auch in Geldsachen abzuschaffen. Künftig soll das bei anderen Gesetzen schon jetzt gültige Quorum (55 % der Länder und 65 % der Einwohner) auch bei den Finanzen angewandt werden. Das wäre nicht so schlimm, wenn Großbritannien in der EU bliebe, denn zusammen

mit den anderen „Nordländern“ bildete es eine Sperrminorität und half so, die Begehrlichkeiten der ärmeren „Südländer“ abzuwehren. Das wird sich nach dem Brexit ändern. Ohne Großbritannien erwarten uns eine EU-Steuer und eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung. Die Südländer werden dann soziale Wohltaten verteilen, von denen manche Nordländer selbst nur träumen können. Wieder wird, wie bei der Währungsunion, eine Reform kommen, ohne dass die Volkswirtschaften einander angenähert wurden.

Unerklärlicher Beifall aus Deutschland

Es ist unmöglich, alle bestehenden und noch drohenden Eingriffe in die Souveränität Deutschlands zu beschreiben. Dagegen wäre auch nichts zu sagen, wenn alle EU- Mitgliedsstaaten mit engelgleichen Seelen ausgestattet wären. Das ist aber nicht der Fall. Leider konnten oder wollten das auch in Deutschland noch nicht alle Politiker erkennen. Es sind vornehmlich die, deren Parole schon länger *„Deutschland verrecke“* lautet. Auf den Juncker-Plan freuen sich in Deutschland daher schon die Grünen, die SPD und sogar Wolfgang Schäuble (CDU).

Mit einem Europa, das sich unsere Altvorderen vorstellten, als sie 1950 die Charta beschlossen, hat das gegenwärtige Europa wenig zu tun. Auf andere zu hoffen und gar sein Recht aus der Hand zu geben, ist naiv. Nicht romantisches Wunschdenken ist gefragt, sondern ehrlicher Realitätssinn. Die Gutmütigkeit der Ehrlichen darf nicht missbraucht werden. *(F.V.)*

Leserbrief:

Lieber Witikobrief!

Durch meine Facebook-Kontakte weiß ich, dass manchem dort Aktiven das Geld zum Besuch des Sudetendeutschen Tages fehlt. Das sind jüngere Heimatverbliebene von der sächsischen Grenze und jüdische Landsleute. Ebenfalls über Facebook erfährt man, dass sich die Landesbeauftragte für die Vertriebenen in Hessen, Frau Ziegler-Raschdorf, über das Sudetendeutsche Haus in München wundert, wo jedes Grüppchen sein eigenes Ding mache. Einbezogen sind auch Collegium Carolinum und der Stifterverein. So fehle, laut Ziegler-Raschdorf, jedes Interesse an der Digitalisierung unseres Kulturgutes (Heimatzeitungen, Bücher, Grabsteine, Mundarten, Trachten usw.) für die Nachkommen.

Mit Sudetengruß! *Heide Roscher*

Trauer und Klage einer Kriegerwitwe

(In der Mundart des böhmischen Erzgebirges von M.Tandler)

Och, wenn`r doch wär wiederkumm`
und hätt` er ock ee Bee
und hätt er ock een eenzchen Orm,
su labt er gor nimmeh`-

Wie viel sei do und laufen rim
ganz grode und ganz stulz
se tun sugor noch Radl fahrn
und hom ee Bee aus Hulz

Och, maner musste draußen bleim,
och, maner kimmt nimmeh,
och wär`r a als Kripl kumm
wie täte ich mich free!

Do tät er wenichsten nuch laabm,
ich hätt man Jung noch do,
ich könnt`n pflechn, könnt`n fohrn
ich tät`n sugor trogn.

Das Wort des Vorsitzenden

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Der Sudetendeutsche Tag steht wieder vor der Tür. Unser Antrag auf einen Stand wurde auch in diesem Jahr abgelehnt. Aber wo liegen die Schwierigkeiten? Wie die SL selbst betont, hält sie „am Ausgleich vertreibungsbedingten Unrechts“ fest. Das kann also nicht der Streitpunkt sein.

F. Vogt Gruber

Rätselhaft ist nur, warum das nicht ebenso deutlich in der neuen Satzung steht. Jeder weiß doch, im Konfliktfall gilt das Schriftliche und keine Nebenabsprachen. Den Lackmustest machte in der letzten Bundesversammlung eine witikonahe Delegiertengruppe. Sie wollte wissen, wie man gegen das „vertreibungsbedingte Unrecht“ konkret vorzugehen gedenke. Statt einer Antwort wurde der Antrag hochnäsig abgeschmettert. Ja, liebe SL, Demokratie ist eben anstrengend, besonders wenn man beim Kampf gegen den innenpolitischen Gegner „immer eine Hand am Rücken“ haben soll, wie Carl Schurz (1829-1906) riet. Dialogverweigerung erinnert aber eher an den Absolutismus. Dessen Zeiten sind aber vorbei! Die üblichen Lippenbekenntnisse helfen jetzt nicht mehr! Den Worten müssen Taten folgen! Auch bei einem Erdbeben genügt es nicht, auf den Seismographen einzuschlagen. Der Witikobund fordert den Dialog und nicht die Aussperrung vom Podium.

Der Witikobund wird die Donau-Arena in Regensburg nichtsdestotrotz mit zahlreichen Mitgliedern und Freunden bevölkern! Anlaufstelle ist der Stand Oberbayern. Standnummern wurden bisher leider noch nicht bekanntgegeben. Ich hoffe dennoch, viele von Euch begrüßen zu können! Auf Wiedersehen in Regensburg!

Euer Felix Vogt Gruber

Ein Blick nach Regensburg:

„Dächerblick“ auf Regensburg

Die Donau-Arena – Ort des 70. ST

(Quelle: Bilddokumentation der Stadt Regensburg)

Recht und Freiheit muss man schützen gegen die, die oben sitzen!

Termin und Ort der Jahrestagung 2019 liegen fest:
Wir treffen uns am 12./13.Okt.2019 wieder in Echenbrunn bei Gundelfingen, Hotel Sonne, Lauinger Str. 52, Tel. 09073-95864-0 (sh. auch in W-Intern!)

Nachschau zum 4. März 2019

Die Gedenkfeiern für die 54 sudetendeutschen Opfer des Massakers vom 4. März 1919 sind vorüber. Wegen der Faschingszeit war die Terminwahl etwas eingeschränkt, doch man konnte ganz gut auf die benachbarten Wochenenden ausweichen.

Den Reigen der Feiern eröffnete die SLÖ (Sudetendeutsche Landsmannschaft Österreich) am 2.März im Dachfoyer des Wiener Parlaments. Gastgeber war der Präsident der Österreichischen Nationalrates, Mag. Wolfgang Sobotka. Der Einladung waren knapp 300 Ehrengäste und Landsleute gefolgt.

Was in Berlin fehlte, zeigte Usingen/Ts. am 12.3.19: Öffentliches März-Gedenken unter freiem Himmel!

Für denselben Tag hatte der Heimatkreis Kaaden-Duppau nach Kaaden eingeladen, wo 1919 mit 25 Toten die größte Opferzahl zu beklagen war. Die Feier fand am Friedhof direkt an den Gräbern der Opfer statt. Rund 50 Personen waren gekommen, darunter der Bischof von Leitmeritz, Baxtan, der Stellvertretende Bürgermeister von Kaaden, Losenicky und der deutsche Botschafter in Prag, Israng. Von sudetendeutscher Seite sprachen der SL-Vorsitzende Posselt und der stellvertretende Vorsitzende des SL-unabhängigen „Sudetendeutschen Landesverbandes Sachsen e.V.“, Claus Hörrmann.

In Deutschland fand die zentrale Feier am 10. März in der Allerheiligen-Hofkirche zu München statt. Auch hier war viel Prominenz aufgeboten, für den Geschmack einiger einfacher SL-Mitglieder sogar etwas zu viel, denn sie wurden an den Türen abgewiesen, obwohl kurzfristig noch genügend Plätze frei geworden waren.

Die Abgewiesenen mussten sich daher aus der Presse über die Ansprachen informieren. Deutlich wurde dort, dass das eigentliche Gedenken etwas zu kurz kam, sowohl in München, als auch in Kaaden. Dafür führte der SL-Sprecher an beiden Orten einen „heroischen“ Kampf gegen angebliche Nationalisten, denen er *„Missbrauch der Geschichte“* vorwarf, *„um andere zu attackieren“.*

Aber wer sind diese Nationalisten und worin besteht ihr Missbrauch eigentlich?

Er soll darin bestehen, dass ganz normale Mitteleuropäer ihre im Völkerrecht verankerten Rechte einfordern, die ihnen gewisse Super-Europäer vorenthalten! Nicht mehr und nicht weniger!

Dem Ganzen setzte der SL-Sprecher die Krone auf, als er begann, die Ereignisse des 4. März 1919 zu **relativieren!** Wieder musste der Nationalismus herhalten, diesmal aber als Entschuldigung, denn die damaligen Todesschützen seien ja nur arme, vom Nationalismus geblendete junge Soldaten gewesen, und die Zahl der getöteten Sudetendeutschen sei im Vergleich zu den Gefallenen des Ersten Weltkrieges, zu den Toten der Spanischen Grippe und zu den Opfern des Holocaust gar nicht so groß! Wirklich schade, dass 1919 nur 54 Sudetendeutsche umgekommen sind! Oder wollte Herr Posselt dem Herrn Gauland nur zeigen, was ein wirklicher „Vogelschiß“ ist?

Andere SL-Feiern

Soweit festgestellt werden konnte, fanden in Deutschland noch folgende Feiern statt:

Bayern: Miltenberg, Passau, Hof, Kaufbeuren, Würzburg, Gundelfingen, Neu Ulm, Nürnberg, Passau, Roth-Schwabach, Naila und Bayreuth;

Baden-Württemberg: Stuttgart; *Rheinland-Pfalz:* Koblenz;

Hessen: Löhnberg bei Weilburg, Groß Gerau, Bad Homburg, Usingen und Fulda. Eine zentrale Feier in Hessen wurde vermisst, soll dem Vernehmen nach aber im Sommer nachgeholt werden.

Kummer mit den „weißen Flecken“

Etwas Kummer bereiten bei dieser Aufzählung die weißen Flecken in Niedersachsen, NRW, Berlin und Schleswig-Holstein sowie in den neuen Bundesländern, wobei Sachsen eine Ausnahme macht, weil dort wenigstens der SL-unabhängige Verein der Sudetendeutschen aktiv war und zwar in Radeberg und mit einer Delegation in Kaaden (s.o.!). Gerade in Berlin, am Regierungssitz, wäre es aber wichtig gewesen, Flagge zu zeigen. Wenn die örtlichen Kräfte aber nicht einmal mehr zum 100. Jahrestag dazu in der Lage sind, muss man sich fragen, was sie noch in der SL-Bundesversammlung wollen. Auf jeden Fall zeigt das, wie nötig es wäre, den Delegiertenschlüssel zu ändern, damit die Bundesversammlung ihren Phantomstatus verliert.

Aber vielleicht entschließt man sich da und dort, wie in Hessen, auch noch zu einer „Nachzügler-Feier“. Für diesen Fall gibt der Witikobrief eine kleine Anregung: Sinnvoll wäre, auch das Votum des Österreichischen Parlaments zu erwähnen, das am 4. März 1919 mit 399 : 1 Stimmen (die Gegenstimme kam von den Kommunisten) den Anschluss an das Deutsche Reich forderte, was jedoch von den Siegermächten unterbunden wurde. *(F.V.)*

Der 4. März 1919 hinterließ auch Spuren im Wappen!

Die Fahne der Sudetendeutschen weist nur die Farben Schwarz-Rot-Schwarz auf. Diese Farben gehen aus den republikanischen Symbolen der Frankfurter Nationalversammlung hervor, nämlich den

Farben Schwarz-Rot-Gold. Nach dem ersten Weltkrieg hatten sich Deutsch-Böhmen und Deutsch-Mähren zu einem Bestandteil Deutsch-Österreichs erklärt. Diese Erklärung erstarb in den Schüssen vom 4. März 1919. Zum Zeichen der Trauer wurde der goldene Streifen durch einen schwarzen ersetzt. So sollte es bleiben, bis das Selbstbestimmungsrecht erkämpft werde.

Nach der Vertreibung beschloss der Hauptvorstand der Sudetendeutschen am 30. Juli 1950, sich ein neues Wappen zu geben:

Vom Betrachter aus gesehen zeigt es auf der linken Seite die eine Hälfte des Reichsadlers, Symbol für die jahrhundertealte Zugehörigkeit zum Reich (bis 1806) und als Ausdruck der Verbundenheit mit seinem Schicksal. Die rechte Hälfte zeigt einen Teil des Kreuzes, dem Zeichen des deutschen Ritterordens, dessen hauptsächliche Leistung die Kolonisation des deutschen Ostens war und dessen größte Ballei (= Bezirk) in Komotau (an den Ausläufern des böhmischen Erzgebirges) lag. Als Brustschild trägt der Adler, gleichzeitig verbindend zum Kreuz, einen Teil des Wappens (das Gitter) der freien Reichsstadt Eger, darüber in 3 Balken die sudetendeutschen Farben Schwarz-Rot-Schwarz. Die Farben blieben also auch hier.

CR: EU-Förderung gleicht Rückgang aus

Die CR produziert seit dem EU-Beitritt 20 Prozent weniger Äpfel (statt 194.000 nur noch 157.000 Tonnen). Das liegt an der Konkurrenz aus Polen, das seine Apfelproduktion im gleichen Zeitraum verdoppelte. Die Anbaufläche schrumpfte um 3.500 auf nunmehr 14.000 Hektar. Ein Problem sei auch die Überalterung der Bäume (42 %). Ob es sich dabei um Anpflanzungen noch aus sudetendeutscher Zeit handelt, wurde nicht gesagt. Die Apfelbranche kann aber dank EU-Förderung überleben. Die EU unterstützte auch die Gründung von Absatzgenossen-schaften, über die fast ausschließlich der Absatz bei den Supermarktketten abgewickelt wird. Vom Verkaufspreis bleiben dem Landwirt nach Abzug der Lagerungs- Verpackungs- und Transportkosten nur 16 Cent pro Kilogramm. In Ostböhmen entstand 2015 auch ein von der EU gefördertes Forschungsinstitut für Obstbau.

Das Glück gleicht dem Balle, es steigt nur zum Falle.
Goethe

Aus der Bundesversammlung der SL

Am 30./31. März 2019 fand die diesjährige SL-Bundesversammlung statt. Aus Sicht des Witikobundes gab es vier erwähnenswerte Punkte.

1. Eine Gruppe von Delegierten um Frau Prof. Probst-Polasek erneuerte ihren Antrag, der im Vorjahr aus formalen Gründen zurückgestellt worden war. Er enthielt einen Kompromiss-vorschlag zur geplanten Satzungsänderung. Er wurde aber wieder zurückgezogen, da von anderer Seite ein gleichlautender Antrag einging. Über diesen ließ das Präsidium keine geheime Abstimmung zu, so dass wieder das von der SL-Spitze gewünschte, negative Ergebnis herauskam. Frau Prof. Probst-Polasek hat diese Niederlage noch erlebt, verschied aber leider am 16.April 2019.

2. Dieselbe Gruppe forderte von Bernd Posselt eine verbindliche Auskunft, wie er die Rechtsansprüche der Sudetendeutschen wahren wolle. Einerseits habe Posselt beteuert, auf nichts verzichtet zu haben, andrerseits werden er und die SL-Spitze wegen des Verzichts allgemein gelobt. Antrag abgelehnt,

3. Dieselbe Gruppe beantragte, der Europapolitiker Posselt möge in Brüssel den Ausschluss der Tschechischen und der Slowakischen Republiken gemäß Art.7 des EU-Vertrages beantragen. Grund: Beibehaltung der Vertreibungs- und Enteignungsdekrete. Antrag abgelehnt.

4. Hans Slezak, der 2. Vorsitzende des Witikobundes, erklärte die Niederlegung seines Mandats in der SL-Bundesversammlung. Die Mitarbeit in diesem Gremium lohne sich nicht mehr, seit die SL-Spitze den Umarmungskurs verfolge. Auch habe die Bundesversammlung, die laut Satzung ein eigenes Organ war, nach den jüngsten Beschlüssen ihre Unabhängigkeit verloren. Seine Aufgaben auf Bezirksebene werde er jedoch weiter wahrnehmen. Als Nachrücker für Hans S. steht wieder ein Witikone bereit.

Die Bundesversammlung der SLÖ

Eine Woche nach der SL-Sitzung in München, tagten auch unsere Heimatfreunde in Österreich. Zunächst wurde eine Resolution zur deutschen Beschriftung der Verkehrstafeln gefasst. Turnusgemäß folgten Neuwahlen mit folgendem Ergebnis: Bundesobmann: Gerhard Zeihsel; Stv. Dr. Günter Kottek, Dr. Helge Schwab und MinR Dr. Rüdiger Stix. Schriftführer: Edeltraut Frank-Häusler, Stv.: Rainer Ruprecht. Kassiererin: Getrude Dwornikowitsch, Stv. Dkfm. Erich Chladek. Rechnungsprüfer: Dkfm. Richard Czujan, Helga Strecker, Dr. Walter Fritsch. Die Veranstaltung wurde mit dem Lied „Kein schöner Land“ beendet.

CR: Wasserreserven trotz nassen Winters unzureichend

Trotz der überdurchschnittlichen Niederschlagsrate im Dezember und Januar gibt es in der CR kaum Wasserreserven. Zwar seien die Bergregionen durch den Schneereichtum der vergangenen Monate gut versorgt, im Flachland gebe es aber noch massive Mängel. Über die letzten Jahre hinweg fehlen etwa 400 Liter Niederschlag pro Quadratmeter! So muss sich Tschechien auch in diesem Jahr auf Probleme durch Trockenheit einstellen. **Manche Tschechen sagen schon, “To je pomsta za Sudety” (Das ist die Strafe für das Sudetenland)!** Den Informationen des Wissenschaftler-Teams Intersucho zufolge hat sich die Dürre auf 95 Prozent des tschechischen Territoriums ausgebreitet. 30 Prozent der Flächen werden dabei als ausgesprochen trocken eingestuft. Dies sind besonders Gebiete am Lauf der Flüsse Elbe (Labe) und der Luschnitz (Lužnice) sowie in der Umgebung von Pilsen (Plzeň) und in Südostmähren. Ende April schlug das staatliche Grundbuchamt den Bau von Wasserspeichern, moderneres Vorgehen bei der Bodenpflege und eine größere Vielfalt bei Ackerfrüchten vor. Auch an das Anpflanzen von Wald- und Obstbäumen wird gedacht (Radio Prag, 7.4.19 bzw. 28.4.19 und Privatquellen).

Framing - Manipulation durch Sprache

Aus den USA erreichte uns wieder ein neues Wort. Es heißt *framing* und kommt von *frame*=Rahmen. Frei übersetzt bedeutet es „Einhegung“, und bezieht sich auf das „Einhegen“ unseres Denkens durch Sprache. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde der Begriff bekannt durch ein Handbuch, das sich die Fernsehgewaltigen der ARD kürzlich bei der Linguistin Elisabeth Wiehler zwecks Aufhübschung ihres angekratzten Erscheinungsbildes bestellt haben.

Frau Wiehler empfiehlt, die Diskussion um die Arbeit des Senders möglichst faktenfrei zu führen und, wenn es brenzlig wird, auf die moralische Ebene zu verlagern. Hinzu kommen zynische Einzelvorschläge für die Wortwahl. Der Fernsehkonsument „bezahlt“ nicht das Fernsehen, sondern er *„ermöglicht“* es nur! Die privaten Konkurrenten der ARD werden als „profitorientierte Sender“ diffamiert. Treffend fasst der „SPIEGEL“ daher sein Urteil über das Handbuch in den Worten *„Propaganda statt Programm“* zusammen.

Uralte Herrschaftstechnik

Nun mag der Begriff *framing* neu sein, die Sache aber ist uralt. Lenkung durch Sprache gibt es, seit sich die Menschen ihrer bedienen. Caesar legte Wert darauf, Gallien nicht „*unterjocht*“, sondern *„befriedet“* (pacare) zu haben. Auch moderne Eroberer unterjochen nicht, sondern schicken ihre Panzer und Flugzeuge lediglich zum Zwecke der Demokratisierung los. Preußen wehrte sich gegen unerwünschte Einflüsse durch ein *„Presselenkungsbüro“*. Das war vergleichsweise ehrlich. Heute heißt das verschämt *„Öffentlichkeitsarbeit“*. Aufschlussreich war eine Stellenanzeige des Bundeskanzleramtes 2015, mit der fünf Psychologen gesucht wurden (FAZ), deren Aufgabengebiet man sich besonders in Wahlkampfzeiten lebhaft vorstellen kann! Das aktuellste Beispiel bietet Japan. Dort schwenkt gerade die angesehene „Japan Times“ (JT) auf den Beschönigungskurs der Regierung ein. Sie spricht nicht mehr von einstigen (koreanischen) Zwangsarbeitern, sondern nur noch von *Kriegsarbeitern*. Und das Problem der *„Trostfrauen“* ist ja weltbekannt.

Mit Framing auch gegen die Vertriebenen.

Die Vertriebenen wissen seit langem, dass auch ihr Denken „eingehegt“ wird. So kämpften sie schon früh gegen das Wort Abschub statt Vertreibung, gegen Flüchtling statt Vertriebener, gegen Reichenberg statt Liberec, gegen Tschechien statt Tschechei usw. Die Älteren werden es noch wissen, wie sie plötzlich keine Flüchtlinge mehr waren, sondern *Neubürger*. Natürlich fehlte auch die Verlagerung auf die moralische Ebene nicht. Der Rückkehrwunsch wurde abgeblockt, weil man die Okkupanten nicht ihrerseits zu Vertriebenen machen dürfe. Ausgeblendet wird, dass Vertreibung keine Rechte begründet und der Vertreiber sogar eine Wiedergutmachungspflicht hat! Ähnlich funktioniert das bei dem neuen Schlagwort *„Versöhnung“*, gegen die ja auch nur gänzlich amoralische Menschen sein könnten.

Unverzeihlicher Anschlag auf den freien Willen

Die Meinungssteuerung durch Framing ist besonders perfide, denn sie ist wesentlich schwerer zu durchschauen als etwa die einseitige Besetzung eines Podiums. Daher muss auch mit besonderem Nachdruck gefragt werden, ob wir Leute, die sich dieser Methode bedienen, an der Spitze der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten dulden können. Die Antwort ist NEIN, denn gerade sie haben die Pflicht, durch faktengetreue Berichterstattung die Voraussetzungen für das Funktionieren unserer Demokratie zu gewährleisten. Abgesehen davon ist ihr Versuch, das Denken argloser Zuseher zu manipulieren, ein unverzeihlicher Angriff auf deren freien Willen und damit auf deren Menschenwürde. Wer solches Tun auch nur in Erwägung zieht, muss aus dem Verkehr gezogen werden. Nicht mehr und nicht weniger.

Aber was geschieht? Unsere sog. Eliten, die sonst so mimosenhaft auf jeden ungeschickten Zungenschlag reagieren, hören und sehen weg und gehen zur Tagesordnung über. *(F.V.)*

Opferhierarchie in der Stadt Frankfurt

Frankfurt am Main musste während des Krieges mehrere Luftangriffe über sich ergehen lassen. Die schlimmsten fanden im März 1944, also vor 75 Jahren, statt. Nimmt man alle Angriffe zusammen, starben dabei 5.559 Menschen. Erstaunlicherweise gibt es aber im ganzen Stadtgebiet keine einzige Gedenkstätte für diese Opfer. Lediglich unter Oberbürgermeister Walter Wallmann raffte man sich auf, ihrer am Römer mit einer Bronzetafel zu gedenken. Doch mittlerweile schlummert diese auch schon wieder in irgendeinem städtischen Magazin.

In diesen Ruinen starben 5.559 Menschen

So befand man sich in einer gewissen Verlegenheit, als im jüngst verflossenen März der Bombenopfer gedacht werden sollte. Oberbürgermeister Feldmann hielt in der Paulskirche eine Rede und legte dann am *„Mahnmal für die Opfer des Naziterrors“* an der Westseite dieses Gebäudes einen Kranz nieder.

Dieser Vorgang entfachte unter den Frankfurtern eine Diskussion. Provokativ wurde gefragt, ob am Holocaust-Tag (27.1.) an diesem Denkmal auch der Toten des „Bombenterrors“ gedacht würde (LB, FAZ, 25.3.19). In der Presse (FAZ) konnte man schon eine Woche vorher einen ausführlichen Bericht über die Hilflosigkeit der Stadt bei der Schaffung einer Gedenkstätte lesen. Es fehlten nicht nur gute Ideen, sondern man scheute sich einst auch, die us-amerikanischen Besatzer zu irritieren.

So kam es in Frankfurt nicht nur zu einer schiefen Opferhierarchie, sondern man verzichtete überhaupt auf eine solche, mit dem Ergebnis, pietätlos gegen die eigenen Mitbürger zu erscheinen.

Schuld daran ist aber, wie in Deutschland öfter, das verdruckste Verhältnis zur eigenen Vergangenheit insgesamt, denn in Frankfurt spiegelt sich nur wieder, was auch im Großen stattfindet. Auch dort hat man versäumt, sich an eine alte Lebensweisheit zu halten, die da lautet: *„Klare Rechnung – gute Freundschaft“*.

Wir müssen beginnen, alle Tatsachen auf den Tisch zu legen. Dann können wir hoffen, unsere Scheinwelt zwischen Feinstaatenklausel und eingebildeter Souveränität zu verlassen. Dann können wir vielleicht auch die Verwerflichkeit von Luftangriffen auf wehrlose Frauen und Kinder zur Anklage bringen. Wenn nicht, wird sich unser Leben weiter zwischen Opportunismus und Vasallentum abspielen und unsere Trauerkränze werden sich auch weiter an den seltsamsten Orten wiederfinden.

Die EU steigt wieder in der Gunst der Tschechen

Als die Tschechei 2004 in die EU aufgenommen wurde, sprachen sich 77 Prozent der Wähler in einem Referendum für die Mitgliedschaft aus. In den nachfolgenden Jahren sackte die Begeisterung bis auf nur 38 Prozent ab. Erst in jüngerer Vergangenheit stiegen die Werte wieder an. In einer Umfrage zu Jahresbeginn lag die Zustimmung zur EU bei 56 Prozent. Der Grund dafür dürfte in dem unübersehbaren Anstieg des Lebensstandards liegen, der nicht zuletzt auf die milliardenschweren Brüsseler Subventionen zurückgeht (Radio Prag, 30.4.19).

Das Fernsehen ist die Armenbibel des 21. Jahrhunderts

Ein Buch von Bernd Posselt

Der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, hat ein Buch geschrieben. Es hat 231 Seiten, kostet 20 € und trägt den Titel *Bernd Posselt erzählt Europa*.

Das Buch Posselts

Der inhaltlichen Erschließung dient ein riesiges Personenregister von acht Seiten mit ungefähr 650 Namen. Das sind drei Namen je Seite, fast doppelt so viele wie bei Wenzel Jaksch (Europas Weg nach Potsdam), der auf 1,7 Namen kommt. Bei dieser Menge ahnt man schon, warum Posselt den Spitznamen *„Das Gedächtnis“* hat. Er kennt eben gefühlt fast jeden in Europa und war vermeintlich auch bei jedem wichtigen Ereignis dabei.

Posselts Anliegen ist es, einen europäischen Patriotismus herbeizuschreiben. Dabei tut er allerdings fast etwas zu viel des Guten, denn alles, was da um ihn herum kreucht und fleucht, ja eigentlich das ganze Universum, fordern angeblich zwingend die Schaffung der vereinigten Staaten von Europa. Das reicht von Cicero bis Churchill und vom europäischen Pilgerweg bis zum Wiener Würstlstand (S.170). Alles ist Europa. Das alles geduldig zu lesen erinnert etwas an die chinesische Wasserfolter.

Nur eitel Sonnenschein?

Selbstverständlich eignen sich für Posselts Absicht nur die schönen Beispiele. Europa hat aber auch Schattenseiten. Diese bleiben aber so gut wie ganz verborgen. So begnügt er sich bei der Wirtschaftspolitik mit einer Darstellung der katholischen Soziallehre (S.174). Auf den Nägeln brennt uns aber, was man gegen die gerade abflauende Konjunktur machen könnte? Früher genügte den Banken eine moderate Zinssenkung, um die Wirtschaft anzukurbeln. Doch dieser Weg ist verbaut, seit sich Herr Draghi zwecks Rettung des Euro für die Nullzinspolitik entschied. Weniger als null Zinsen geht eben nicht. Und was macht die Nullzinsdiät mit unserer Altersvorsorge? Schon jetzt hat sie jeden einfachen EU-Bürger um ein kleines Vermögen gebracht! Und ein Ende wird **nie** kommen, denn dann müssten die Eurostaaten Zinsen auf ihre gigantischen Schuldenberge zahlen und gingen bankrott. Bedrohlich ist auch die Target II-Regelung, die es den schwächelnden EU-Ländern erlaubt, einfach bei der Deutschen Bundesbank „anschreiben“ zu lassen. Und wo liest man etwas bei Herrn Posselt darüber, dass sich die Aufwendungen Deutschlands für die EU in den letzten zehn Jahren um den Faktor 20 (zwanzig) erhöht haben? Statt 10,5 Mrd. jetzt 200 Mrd, € jährlich! Das wird übergangen, denn es passt nicht in das romantische Europabild, das sich der Autor in seiner Jugend gebildet hat und über das er offenbar nie hinausgewachsen ist.

Grenzen

Zwar lehnt Posselt die Aufnahme von Marokko und der Türkei in die EU ab, weil sie außerhalb der **geographischen** Grenzen Europas liegen (S.61). Aber auf die Idee, dass es auch **ethnische und moralische** Grenzen geben könnte, kommt er nicht. Mit wem will er aber Europa aufbauen, wenn sich halb Afrika auf den Weg hierher macht und Europa immer „uneuropäischer“ wird? Ist das dann noch Europa? Und was haben Vertreiberstaaten wie Polen und die Tschechei in der EU zu suchen? Wie können Völkermord und die vielzitierte Wertegemeinschaft jemals zur Deckung gebracht werden?

Man ahnt es schon. Europa wird nur klappen, wenn sich wieder einige ducken und klein machen. An der Westgrenze hat es ja schon geklappt. Deswegen verzichtet man dort auch sorgsamst auf geschichtliche Tiefenbohrungen. Neben dem Elsass könnten dabei ja noch die Bistümer Metz, Verdun (Verten) und Toulon zum Vorschein kommen. Wer noch alte Landkarten besitzt, kann dort die früheren deutschen Ortsnamen finden. Der „normale Sterbliche“ erwartet von „Europa“ keine Wunder. Aber für die Beseitigung des gröbsten Unrechts müsste es doch reichen.

Geschichtspolitik

Manche EU- Länder schämen sich nicht, offen von „Geschichtspolitik“ zu sprechen und Geschichtsmanipulation zu meinen. Natürlich ist das ein heißes Eisen. Aber wenn das eigene Land einem Trommelfeuer diffamierender Behauptungen ausgesetzt ist, darf kein Politiker wegsehen. Und in Europa schon gar nicht, weil es dort besonders auf guten Zusammenhalt ankommt. Aber für Herrn Posselt ist das tabu. Unter „Freunden“ müsste es doch möglich sein, etwas zu erreichen, etwa durch die Öffnung der Archive. Aber wenn man sich nicht rührt, werden die Fälle Rudolf Hess und Oradour noch lange im Dunkel bleiben. Bei Katyn hat es ja schon geklappt. Da haben die bösen Russen das Versteckspiel aufgegeben.

Ideologieverdacht!

In seiner Begeisterung hat sich der Verfasser das Bild von Europa so zurechtgebogen, dass es zu seiner Idee passt. Nichts anderes machen aber regelmäßig auch Ideologen, auch sie versuchen (natürlich im Interesse eines höheren Zieles), die Lebenswirklichkeit in das Schema ihrer Ideen zu pressen, teils mit Gewalt, teils mit Propaganda. Die Zwangsmittel der EU sind vor allem die Finanzpolitik und Subventionen. In die Abteilung Propaganda hat sich soeben auch Herr Posselt eingebracht

Alte Theorien

Herr Posselt hat sich selbst als Ideologen enttarnt. Er befindet sich damit auf der Theoriestufe von etwa 1850. Damals glaubte *Joseph Ennermoser* (1787-1854) noch an *„die Bestimmung der Wirklichkeit durch die Idee“*. Damit stand er im Gefolge von Fichte, Hegel, Humboldt und Schelling. Die Reaktion kam aber noch zu seinen Lebzeiten mit *August Ludwig von Rochau* (1810-1873), der den Begriff *„Realpolitik“* in das politische Denken einführte. Und diese Phase haben wir noch nicht verlassen, nur dass *„das Faustrecht der Steinzeit“* jetzt unter dem Dach Europas ausgeübt wird und die sog. „Eliten“ die Rechtlosen auf eine neue Weise ruhig halten können. Die Sudetendeutschen haben nämlich nicht vergessen, wie man ihnen 2004 vorgaukelte, die Lösung ihrer Probleme werde gelingen, wenn die Vertreiber erst einmal Mitglieder der EU wären!

Gibt es auch ein Sudetenbüro?

Eine neue Hanse?

Das ist also die ungeschminkte Wirklichkeit, die mit allen Mitteln der Europaidee angepasst werden soll. Das dürfte, wie einst im Ostblock, aber kaum funktionieren. Vielleicht ist es noch nicht bis ins „Europabüro“ des Herrn Posselt durchgedrungen, aber die Absetzbewegungen von der EU beschränken sich nicht auf den Brexit. Im Norden der EU gibt es Tendenzen für eine Neuauflage der Hanse! Alarmierend ist dabei aber, dass dieser Kreis (Niederlande, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland) auf die Einbeziehung Deutschlands verzichtet! Einer der Gründe dafür könnten Bücher sein, wie das des Herrn Posselt. Es muten an wie aus der Zeit gefallen. Man kann es lesen, aber eher zur feuilletonistischen Erbauung. *(F.V.)*

Hanse-Kogge,
Deutschland unerwünscht?

Das Schönste ist, ein Genie zu sein und es alleine zu wissen.

Das jüngste Focus-Online-Interview mit Bernd Posselt und die anderen Realitäten

In einem Focus-Online-Interview vom 30.03.2019 wird der ewige Gast im EU-Parlament, Bernd Posselt, als "unkaputtbarer Eurobomber" bezeichnet. Das trifft sicher auf seine markante Statur und sein nicht gerade zimperliches Auftreten gegenüber politisch Andersdenkenden zu. Dass er es dabei mit der Wahrheit nicht immer so ganz genau nimmt, zeigte sich kürzlich darin, dass das Landgericht München in einem Urteil per einstweiliger Verfügung dem Vereinsjournal der Sudetendeutschen Landsmannschaft "Sudetendeutsche Zeitung" 2018 falsche Behauptungen über den ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus und AfD-Politiker Petr Bystron untersagte.
Mit derartigen, falschen Anschuldigen hatte es der Bundessprecher und Vorsitzende der Sudetendeutschen bereits im Vorjahr geschafft, einen Stand der AfD beim Pfingsttreffen zu verhindern, und auch das Auftreten des konservativen Witikobundes untersagte er dort seit mehreren Jahren. Aber wie betont Posselt im Focus-Interview: "Er sei Demokrat und rede mit allen." Dabei gilt wohl einschränkend, sie müssen nur **seiner** Meinung sein. Sonst bleibt auch von seinem beschworenen Pazifismus sprachlich nicht mehr viel übrig, und Auseinandersetzungen könnten dem so glänzenden Rhetoriker, der nie um eine Geschichte verlegen ist, sonst doch zu gefährlich werden. Dann gilt eben doch: Lieber ausgrenzen! Denn in seinem Focus-Online-Interview gibt er selbst zu, dass er sich mit Politikern, die in seinen Augen "linke oder rechte Nationalisten" sind, nicht an einen Tisch setze. Wie man aber dann auf Augenhöhe so eine Debatte führen will, das bleibt sein Geheimnis.

Auch als der jüngste Antrag der AfD im Bayrischen Landtag zur sudetendeutsch-tschechischen Vergangenheitsaufarbeitung von allen Altparteien als "revanchistisch" abgelehnt wurde, da schwieg der Landsmannschaftssprecher beflissentlich. Dabei war es Bernd Posselt selbst, der zu Zeiten Edmund Stoibers die berüchtigten Benes-Dekrete auf den Müllhaufen der Geschichte verbannen wollte. Doch wie heißt es im Volksmund richtig: „Wes Brot ich ess', des Lied ich sing!" oder im Stil eines anderen konservativen Politikers: "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern."

Heute schweigt der "Hobby-EU-Abgeordnete" Posselt dazu sehr laut, denn schließlich hat sich auch die überwiegende Mehrheit seiner Bayrischen Christsozialen von dieser unbequemen Forderung gegenüber den Tschechen verabschiedet.

Mag er ruhig auf seinem 7. Platz weiter von einem Einzug in das Europa-Parlament träumen und München mit seinen Plakaten ohne Konterfei erfreuen. Ein Verlust war und wird auch zukünftig die Nichtwahl Bernd Posselts 2019 für Europa nicht sein.

Und, wer übrigens anlässlich des 100-jährigen Märzgedenkens 2019 mit in Kaaden war, der konnte auch erleben, wie groß die Gefolgschaft des einsam daherkommenden Hobbypolitikers Bernd Posselt ist.

Claus Hörrmann
Stellvertretender Vorsitzender und Pressesprecher
des Sudetendeutschen Landesverbandes Sachen e.V.

Ich habe gelernt, immer das zu sagen, was ich denke.
(Gloria, Fürstin von Thurn und Taxis)

Offener Brief

Zur Landtagsdebatte vom 23.3.2019 (sh auch S. 3 ff.):

Von (vertriebenen) Sudetendeutschen musste mit einiger Verwunderung der augenscheinliche Sinneswandel der neuen Bayerischen Staatsregierung und der CSU zu den völkerrechtswidrigen Benes-Dekreten zur Kenntnis genommen werden. Wie anders ist zu erklären, daß anlässlich einer Plenardiskussion zur „Vertiefung der bayerisch-tschechischen Beziehungen" die Anfrage eines AfD-Abgeordneten zur Aufhebung der in Tschechien und der Slowakei noch immer gültigen völkerrechtswidrigen Vertreibungsdekrete durch den antwortenden Staatssekretär als „revanchistisch" abgekanzelt wurde.

Noch im Vorfeld der EU-Aufnahmeverhandlungen für Tschechien und die Slowakei votierten CSU-Abgeordnete im EU-Parlament nicht nur wegen der Weitergeltung der Dekrete in beiden Ländern, sondern auch weil beide diese bis heute sogar noch als Teil ihrer „Nationalen Rechtsidentität" ansehen, gegen deren EU-Aufnahme.

So hat hier mit einer derartigen Wertung ein hoher Repräsentant der Bayrischen Staatsregierung - offensichtlich bar jeder historischen Kenntnis - wohl auch zur Profilierung gegenüber einer unliebsamen neu im Parlament vertretenen Partei nicht nur völkerrechtliche Grundsätze in Frage gestellt, sondern darüber hinaus eine Wortwahl benutzt, die nicht nur eine Diskussion um die Aufhebung dieser völkerrechtswidrigen Dekrete erschwert, sondern auch jede moralische Implikation dazu vermissen lässt. Vor dem Hintergrund dieser Äußerung scheint demnach die neue Bayerische Staatsregierung den bisherigen allfälligen Beteuerungen ihrer Vorgängerregierungen zur besonderen Verantwortung gegenüber dem „Vierten Stamm" Bayerns und dessen erlittenen Schicksals wohl keine Bedeutung mehr beizumessen zu wollen.

Zudem ist bemerkenswert, daß zu einer derartigen Antwort auf die implizierte Frage nach allgemeiner Verbindlichkeit völkerrechtlicher Prinzipien weder aus dem politischen Umfeld des Landtages noch der Parteien noch der Medien eine eindeutige Reaktion erfolgte.

K. Uhlmann, München

Wieder eine Restitutionsklage gescheitert

Das tschechische Verfassungsgericht hat wieder eine Restitutionsklage abgewiesen. Klägerin war Mercedes von Dietrichstein, die sich seit langem erfolglos um die Rückgabe des Familieneigentums in und um Nikolsburg (Mikulov) in Südmähren bemühte. Sie ist der Meinung, dass die Enteignung der Grundstücke und Immobilien einschließlich des Schlosses durch die Beneš-Dekrete ungültig und ihr Vater bis zu seinem Tod im Jahre 1964 deren rechtsgültiger Besitzer war. Das Verfassungsgericht bezeichnete die Beschwerde als unbegründet. Das Urteil wäre anders ausgefallen, wenn die Gesetze endlich auch in der CR menschenrechtsfreundlich ausgelegt würden.

Das Geschlecht Dietrichstein gehörte zu den bedeutendsten Adelsfamilien in Mähren.

Wenn Du noch eine Heimat hast, so nimm den Ranzen und den Stecken
und wand`re ohne Unterlaß, bis Du erreicht den teuren Flecken! (Anastasius Grün)

Die Welt verstehen

1. Der Klimawandel hat ein neues Krankheitsbild hervorgebracht. Es ist die Flug-Scham. Sie bedroht besonders „Die Grünen“ und deren Wähler, die mit 62 % zu den eifrigsten Flugreisenden gehören (rbb-TV, 2.3.2019).
2. Laut „Framing-Buch“ der ARD zahlt der Bürger keine Zwangsgebühr für das Fernsehen, sondern mit seinem Beitrag „ermöglicht“ er dieses nur. Bei Streitgesprächen über das Rundfunksystem wird empfohlen, immer moralisch, also faktenfern, zu argumentieren (PAZ, 15.2.2019).
3. Uganda hat 25,6 Mio. Einwohner, um deren Wohl sich 70 Ministerien kümmern (Wikipedia).
4. Bio-Bauern gehen mit ihren Böden pfleglicher um als konventionelle Landwirte. Sie hatten daher im Dürresommer 2018 auch geringere Ernteeinbußen als jene (TV-HR3, 25.2.19).
5. Im 1. Weltkrieg hatte der Bezirks Karlsbad 2.612 Gefallene zu beklagen. Das waren unter 78.762 Einwohnern 3,25 Prozent. Die Verlustquote im ganzen Egerland betrug 3,75 % und übertraf damit die von Österreich-Ungarn (2,50 %) und die des Deutschen Reiches (3,15 %, Karlsbader Badeblatt 4/1951).
6. Die Frauenfigur der Freiheitsstatue von New York trägt das Gesicht einer Elsässerin, und zwar das der Mutter des Erbauers , Frederic Auguste Bartholdi (Google).
7. Der Journalist Häring darf seine GEZ-Gebühren (Gebühreneinzugsbehörde der Funkhäuser) in bar bezahlen. Das erstritt er vor Gericht. Das Urteil wird aber noch vom Europäischen Gerichtshof überprüft.
8. Blanca von Valois, die erste Gemahlin Karls IV. (1316-1378), lernte fleißig **Deutsch**, um sich beim Volke beliebt zu machen.
9. Elektroautos belasten die Umwelt um 11 bis 28 % stärker als Dieselautos, wenn man die Herstellung der Batterien und den deutschen Strommix mitberücksichtigt (UA, 18.4.19, S.8).
10. Der rot-grüne Senat Bremens wird bei den 36.000 nichtdeutschen Bewohnern per Brief für die Einbürgerung werben, denn frisch eingebürgerte Wähler entscheiden sich meist für linke Parteien. Schon Bert Brecht empfahl den Politikern, sich notfalls „ein neues Volk zu wählen“. (PAZ, 26.4.19).
11. Die französischen Behörden haben beim Brand von Notre-Dame erstaunlich schnell Brandstiftung ausgeschlossen. Der frühere Chefarchitekt des Domes, Mouton, meint aber, dass dieses Feuer ohne Brandbeschleuniger nicht denkbar sei. Einen Kurzschluss schließt er absolut aus (NZ, 26.4.19, S. 1 f.).
12. Ch. de Gaulle bezweifelte, dass man ein Land regieren könne, in dem es 248 verschiedene Käsesorten gibt.
13. Ekin Deligöz und Mauela Rottmann, beide MdB der „Grünen“, wirbelten Staub auf, als sie die Frauen-feindlichkeit unter Migranten anprangerten. Sie forderten (hoffentlich nicht nur als makabre Wahltaktik) sogar „vorrangige“ Abschiebung von Gewalttätern gegen Frauen (NZ, 26.4.19, S. 16).
14. In den letzten Jahren stieg die Zahl der Imker in Deutschland von 80.000 auf 130.000! Die imkerbetreute Biene wird daher kaum aussterben. Gefährdet sind aber die rd. 590 Wildbienenarten, von denen in manchen Gebieten schon die Hälfte verschwunden ist (ZdF, 30.4.19).
15. Wie schwierig die Arbeit im Wiener Reichsrat war, ergibt sich daraus, dass 24 Fraktionen mit zehn Sprachen zu koordinieren waren (Riemek, Mitteleuropa, S.103).
16. Ungarn hat seine Südgrenze mit einem 600 Kilometer langen Zaun versehen, um „ungerufene Gäste“ fernzuhalten (Budapester Zeitung, 3.5.19, S. 1).
17. Tschechien hat die strengste Asylpolitik Europas. Von den (nur) 1.350 Asylanträgen im Vorjahr wurden nur 10 Prozent anerkannt. In Deutschland sind es 42 % (Suddt. Pressdienst, 8.5.19).
18. In Pilsen beging man am 6. Mai wieder das Befreiungsfest, das an die Ankunft der US-Armee vor nun 74 Jahren erinnern soll. Den Festzug führten zahlreiche historische Militärfahrzeuge an.
19. „Deutschland ist ein Irrenhaus, wenn man es überdachen könnte, wäre es eine geschlossene Anstalt“ (Hendrik Broder am 14.2.19 in Wien).
20. Die Lufthansa lässt die Bordverpflegung in der CR von thailändischen Arbeitskräften (billig) herstellen (FAZ).
21. Die 4x100 m-Sprintstaffel der CR verbesserte am 5.5.19 in Yokohama den Landesrekord um 5/100 auf 38,77 Sekunden. Der alte Rekord stammte von den Olympischen Spielen 1972 in München (Radio Prag, 11.5.19).
22. In der CR wurden 90.400 Renten wegen Zahlungsrückständen gepfändet. Bei weiteren 33.000 war das wegen zu geringer Rentenhöhe nicht möglich (Radio Prag, 11.5.19).
23. Bei den Germanen war langes, lockiges Haar äußeres Zeichen des Freien. Maßten sich Unfreie dieselbe Haartracht an, war eine Geldstrafe fällig (Grimm, D.Rechtsaltertümer, S. 283)

Ist der Antifaschismus das Alibi für Totalitarismus?

Besteuerung der Kirchenrestitutionen beschlossen

Die Geldzahlungen im Rahmen der tschechischen Kirchenrestitutionen werden ab kommendem Jahr besteuert. Dies hat das Abgeordnetenhaus am Dienstagabend beschlossen. Die Parlamentarier überstimmten dabei das Veto des Senats. 114 Abgeordnete waren dafür, sie gehörten vor allem der Regierungskoalition sowie den Kommunisten und der Partei „Freiheit und direkte Demokratie“ an. 57 Abgeordnete waren dagegen. Der Senat bezeichnete zuvor die Besteuerung als verfassungswidrig. Inzwischen hat auch Staatspräsident Zeman das Gesetz unterzeichnet, so dass es nur noch vom Gericht aufgehalten werden kann.
Die Besteuerung der Kirchenrestitutionen war eine der Bedingungen der Kommunisten für die Tolerierung des Minderheitskabinetts der ANO-Partei und der Sozialdemokraten.
Seit 2013 werden die Kirchen und Glaubensgemeinschaften in Tschechien für die Enteignungen während der kommunistischen Zeit entschädigt. Bei dieser sogenannten Kirchenrestitution zahlt der Staat auch Entschädigungen für Eigentum, das nicht mehr zurückgegeben werden kann. Vor allem die Kommunisten, aber auch die Regierungsparteien ANO und Sozialdemokraten, halten die damals ausgehandelte Summe für zu hoch. Festgelegt wurden 59 Milliarden Kronen (2,3 Milliarden Euro) innerhalb von 30 Jahren.
Die Sudetendeutschen dürfen daran erinnern, dass große Teile des Kirchenvermögens sudetendeutschen Gemeinden gehörten. Nach der Vertreibung waren deren Gläubige gezwungen, neue Gotteshäuser zu bauen. Gerecht wäre daher, wenn ein Teil der Entschädigung an sie flösse (Radio Prag 24.4.19)!_

Tschechische Prozessfarce 1953

Nirgend verlief der „Sieg des Sozialismus“ so blutig wie in der Tschechoslowakei. Ein trauriges Beispiel fand 1953 in der mährischen Stadt Olešnice statt. Da die Bereitschaft der Landwirte zum Beitritt in die Kolchosen zu wünschen übrigließ, sollten sie durch einen Schauprozess eingeschüchtert werden. Nötig war ein Spitzel, der einen kommunistischen Funktionär anschoss und danach angab, das Gewehr sei in der Scheune eines Bauern versteckt gewesen. Vor Gericht standen dann neun Bauern und der Spitzel. Das Urteil erkannte zweimal auf Todesstrafe, einmal auf lebenslange Haft und mehrmals auf lange Haftstrafen.

Tereza Veselá im Veitsdom

Einer der beiden Todeskandidaten war der Spitzel, hingerichtet wurde allerdings nur der Bauer Josef Krejčí. Das Eigentum aller Verurteilten wurde beschlagnahmt. Die Familien wurden drei Tage nach dem Prozess aus ihren Häusern vertrieben und in mehrere Hundert Kilometer entfernte Dörfer umgesiedelt.

Stoff für Regisseure

Schauprozesse dieser Art gehen unter die Haut und liefern den Stoff für spannende Drehbücher. So plant die Jurastudentin Tereza Veselá, den Fall des Josef Krejčí szenisch zu gestalten und in einem Jura-Seminar vorzustellen. Die Jurastudentin bemüht sich schon seit einigen Jahren um die Präsentation ähnlicher Stoffe im Rahmen des Festivals Mene Tekel. Sie trat sogar im Veitsdom auf (sh. Bild) und las während eines ökumenischen Gottesdienstes aus den Erinnerungen der Tochter des hingerichteten Bauern Krejčí vor.

Wieder ein Schlag gegen die Freiheit von Kunst und Kultur

Unbeeindruckt von den Schalmeienklängen aus München und Berlin setzen unversöhnliche tschechische Nationalisten ihren Kreuzzug gegen eine weltoffene Kulturszene in der Tschechischen Republik fort. Schon 2016 musste Frau Dr. Blanka Mouralova ihren Chefposten am Aussiger Museum räumen. Dann wurden 2017 auf einen Schlag fünf Museumsdirektoren, ebenfalls in der Region Aussig, entlassen. Der Vorwurf war stets „untschechische“ Museumskonzeption.

Blanka Mouralova

Als jüngstes Beispiel kultureller Intoleranz ist der Direktor der Tschechischen Nationalgalerie, Jiří Fajt, zu nennen. Letztverantwortlicher für dessen Entlassung ist der sozialdemokratische Kulturminister Antonin Stanek. Im Hintergrund könnte auch Staatspräsident Zeman stehen, der Fajts Ernennung zum Professor seit fünf Jahren hintertreibt. Fajt hat 2016 die bayrisch-tschechische Landesausstellung zu Karl IV. maßgeblich gestaltet und in der CR sudetendeutsche Künstler wieder aus der Versenkung geholt. Damit hat er offenbar den Unmut unversöhnlicher tschechischer Seilschaften erregt, die ihre Säuberungen mit einer lapidaren Floskel zu begründen pflegen: Man wolle *„in diesem Segment der Kultur eine andere Richtung einschlagen“*.

Kein Grund zur Selbstgerechtigkeit!

Wir sollten uns aber davor hüten, uns aufs hohe Ross zu schwingen. Gut in Erinnerung sind noch die Ereignisse um Prof. Kittel oder die Affäre um Hubertus Knabe, beide Berlin. Besonders heuchlerisch ist aber die Kritik der SL an der tschechischen Intoleranz. Bei ihr muss man ja noch nicht einmal Museumsdirektor sein, um ins Visier ihrer Säuberungskommandos zu geraten. Es genügt, wenn man als einfaches Mitglied auf Verstöße gegen die eigene Satzung hinweist. Die Frage ist dann höchstens, ob man wegen „deutscher“ oder „untschechischer“ Haltung vom Bannstrahl getroffen wird.

Wo ist da der Unterschied zu unserem östlichen Nachbarn? *(F.V.)*

Freudenthal im Altvatergebirge:

Das Schicksal einer Stadt in Österreich-Schlesien

von Dr. Jürgen Mohn

Die folgenden, bewußt knapp gehaltenen Ausführungen beziehen sich im Wesentlichen auf das Werk von Rainer Thiel: *„Freudenthal im Altvatergebirge. Das Schicksal einer sudetendeutschen Stadt in Österreich-Schlesien 1213 bis 1946“.* 144 S., zahlr. Abb., 12,80 €. Erstaufl. Kempten 2012, ISBN: 978-3-00-038456-1. Der große historische Kontext wird m.E. zutreffend geschildert, ungeachtet einzelner Fehler oder jedoch Konzessionen an Gesinnungswächter

Nach Flucht, Vertreibung und Aussiedlung in den Jahren 1945/46 fanden mehr als 8.000 Ostdeutsche in Memmingen eine neue Heimat. Ganz überwiegend waren dies Sudetendeutsche, darunter wiederum viele aus dem Altvaterland. Die bayerisch-schwäbische Gemeinde übernahm 1956 die Patenschaft über die deutschen Vertriebenen von Stadt und Kreis Freudenthal.

Wenn heute vom Sudetenland die Rede ist, denken die meisten wohl an Karlsbad, Marienbad, Eger, Pilsen, Reichenberg, Brünn oder den Böhmerwald. Deutlich weniger präsent dürfte einer breiteren Öffentlichkeit indes die weiter östlich gelegene Region Österreich-Schlesien sein. Es ist dem Heimatkreis Freudenthal (F.) und insb. Rainer Thiel hoch anzurechnen, die wechselvolle und teils dramatische Entwicklung seiner Geburtsstadt über die Jahrhunderte hinweg für die Nachwelt festzuhalten und zu dokumentieren.

Bereits 1213 erfolgte nordwestlich von Troppau die Gründung von F. durch deutsche Siedler nach Magdeburger Stadtrecht mit innerer Selbstverwaltung. Ein zentraler Faktor waren sicherlich die reichen Edelmetallvorkommen im Gebiet zwischen Oppa und Mohra; den Bergmann mit zwei gekreuzten Hämmern führt F. – das jetzige tschechische Bruntál mit etwa 17.000 Einwohnern – heute noch im Wappen. Von großer Bedeutung war auch in der Folgezeit, daß in F. die Handelsstraße Wien-Olmütz-Breslau von der alten Salzstraße Prag-Krakau gekreuzt wurde.

Freudenthal, Hauptplatz

Nach der Schlacht am Weißen Berg übernahm 1621 der Deutsche Orden die Herrschaft F. und das Schloß der Grafen von Würben. Kaiserin Maria Theresia musste 1742 das zur böhmischen Krone gehörende Nieder- und Oberschlesien an den siegreichen Preußenkönig Friedrich II. abtreten – ihr verbleibt lediglich der kleine Bereich von ‚Österreich-Schlesien'.

Nachdem ‚an in der Gegend von F, schon auf eine lange Tuchmacher-Tradition zurückblicken konnte, entstanden dort in der Mitte des 19. Jahrhunderts etliche Textilfabriken. Jeglichem Selbstbestimmungsrecht hohnsprechend, wird 1919 natürlich auch F. Teil der Tschechoslowakei. Am 26. Februar 1919 protestieren im Rahmen einer überparteilichen Kundgebung rund 4.000 Bewohner gegen die Besatzer. Die Versammlung wird von tschechischem Militär gewaltsam aufgelöst, wobei der Arbeiter Karl Fischer erschossen wurde und einige Verwundete versorgt werden mussten.

Im Berliner Sportpalast forderte Adolf Hitler am 26. September 1938 den Anschluß der deutschen Gebiete in der Tschechoslowakei an das Reich. Daraufhin versammelten sich Tausende am Freudenthaler Hauptplatz, sangen das ‚Deutschlandlied' und zogen in einer langen Kolonne durch die Stadt. Als „Vergeltung" streiften in den folgenden zwei Nächten tschechische Militärpatrouillen durch die Gassen und schossen wahllos mit Handfeuerwaffen.in die Häuser!

Welcher unserer Dauer-Bewältigungsprediger erinnert heutzutage an solche haarsträubenden Vorgänge? Die Ankunft deutscher Soldaten am 7. Oktober 1938 wird euphorisch begrüßt. Im Kreis F. sind zu jener Zeit gut 49.000 Personen oder 96% der Bevölkerung deutschstämmig.

Wenige Jahre später – z.T. unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee im Mai 1945 – beginnt die Vertreibung fast aller Bewohner von F.: Total entrechtet müssen um die 10.000 Deutsche ihre geliebte Heimat unter kaum vorstellbaren Begleitumständen verlassen, die sich so oder ähnlich überall in Ostdeutschland und den deutschen Siedlungsgebieten in (Süd-)Osteuropa vollzogen.

Der Osten kam im Lutherjahr zu kurz

In den 1960er Jahren unterstützte die Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) nachhaltig die Ostpolitik Willi Brandts. Das haben ihr die deutschen Vertriebenenverbände sehr verübelt. Vielleicht fremdelte die EKD deswegen auch noch im Lutherjahr 2017 mit dem deutschen Osten, denn sie erwies sich bei der Gestaltung des Festprogrammes auf dem „östlichen Auge“ als merkwürdig blind. Jedenfalls blieben die Heimatgebiete der deutschen Vertriebenen dort eine „terra incognita“, so als wären sie für die Verbreitung des Luthertums ohne Belang gewesen.

Martin Luther

Richtig ist aber genau das Gegenteil, denn Luther selbst sprach von einem „*Wunder“*, wie *„das Evangelium mit voller Fahrt und prallen Segeln nach Preußen eilte“.* Schnelle Verbreitung fand das Luthertum auch in Pommern, Schlesien, Böhmen, Oberungarn, Siebenbürgen, den baltischen Ländern usw.

Preußen schritt voran

Luthers Zitat bezog sich auf die Tatsache, dass Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach das Herzogtum Preußen schon am 8.April 1525 säkularisierte und den Ordensstaat als evangelischen Staat ausrief. Das war anderthalb Jahre früher als im evangelischen Vorzeigeland Hessen, das diesen Schritt erst nach dem Landtagsbeschluss vom 26. Oktober 1526 tun konnte! Unübersehbar war in Preußen eigentlich auch die „Albertina“, die 1544 gegründete Königsberger Universität, deren Strahlkraft 400 Jahre lang ganz Nordosteuropa erreichte und mit Kant, Hamann und Herder unübertroffene Glanzpunkte setzte. All das blieb offenbar außerhalb des Wahrnehmungskreises der EKD. Insbesondere übersah man, dass es in der Bundesrepublik eine Ostpreußische Landsmannschaft mit reichstem Kulturleben gibt, die selbstverständlich über das ganze einschlägige Wissen verfügt. Stattdessen suchte man Kontakte unter den heutigen Bewohnern Königsbergs (Kaliningrad), die natürlich ahnungslos waren. So blieb dieses Gebiet eben unbearbeitet.

Pommern, Schlesien, Böhmen

Ein reiches Reformationsgeschehen finden wir aber auch in allen anderen Heimatgebieten der deutschen Vertriebenen.

Als sich das *„lutherische Lärmen“* auch in **Pommern** bemerkbar machte, war es Johannes Bugenhagen, der 1520 in Treptow die Hinwendung zu Luther einleitete. Ein Jahr später finden wir ihn in Wittenberg im Umfeld Luthers. Dort wurde er neben Melanchton einer der wichtigsten Organisatoren der Reformation. Die von ihm ausgearbeiteten Kirchenordnungen waren maßgebend für Norddeutschland und darüber hinaus sogar für Dänemark-Norwegen.

In **Schlesien** nahm die Reformation 1523 ihren Ausgang von Breslau und erfasste bald das ganze Land. Herzog Friedrich II. gründete 1526 in Liegnitz die erste evangelische Universität Europas, die zwar bald wieder geschlossen wurde, aber zu ihrer Zeit ein starkes Symbol war. Hessen folgte erst 1527 mit der Philippsuniversität Marburg. Schlesien glänzte auch mit einem starken schulischen Unterbau, der in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts 151 evangelische Landschulen und 103 evangelische Stadtschulen, darunter 15 Gymnasien, aufwies. Kardinal Hosius meldete 1560 nach Rom, dass es in Schlesien nur noch zehn katholische Geistliche gäbe.

Auf eine lange kirchenkritische Tradition blickt **Böhmen** zurück. Von Ober- und Niederösterreich waren schon vor Hus (1370-1415) die Waldenser vorgedrungen. Ihr Schwerpunkt lag im Egerland, wie der Anhang des Codex Teplensis und andere Quellen

erkennen lassen. Neben den *„waldensischen Häretikern in Eger“* gab es solche in Kuttenberg, Prag, Königgrätz, Pilsen, Znaim usw. Jan Hus hatte nicht bei Null angefangen.

Jhs Mathesius, Joachimsthal

Nach seinem Feuertod gärte der religiöse Sauerteig mit den Utraquisten weiter und wurde dominant, so dass Luther sagen konnte *„sumus omnes Hussitae ignorantes“* (wir sind alle Hussiten, ohne es zu wissen). Dennoch war die religiöse Szene Böhmens sehr zersplittert, und viele Böhmen erhofften sich von Luther auch eine Beruhigung der religiösen Verhältnisse. Die erste lutherische Kirche gab es in St. Joachimsthal, wo Johannes Mathesius Rektor der Lateinschule war und das religiöse Leben Böhmens stark prägte. Mathesius war zwei Jahre lang Tischgenosse Luthers und dessen erster Biograph. Die erste evangelische Kirchenordnung bekam Elbogen. 1531 hatten die Protestanten den Katholiken bereits 150 Pfarreien „entrissen“. Dreiviertel des Sudetenlandes war bereits evangelisch, bevor 1555 die Jesuiten zur Gegenreformation schritten. Eine Vorstellung von der Verbreitung der neuen Religion gibt die Zahl der nach dem „Weissen Berg“ (1620) des Landes verwiesenen Grundbesitzer. Etwa 500 „ketzerische“ Adlige, denen fast Dreiviertel des Bodens Böhmens gehörten, wurden enteignet und vertrieben.

Schieflage im Lutherjahr

In Anbetracht dieser Tatsachen ist es erstaunlich, wie stiefmütterlich der Osten im Programm des Lutherjahres behandelt wurde. War es Unfähigkeit oder Absicht? Jedenfalls vergab die evangelische Kirche eine gute Gelegenheit, den deutschen Osten wieder etwas mehr ins kollektive Gedächtnis der Deutschen zu rufen. Die so entstandene Schieflage versucht nun ein im September 2018 erschienenes Büchlein mit dem Titel „Der Durchbruch kam im Osten“ auszugleichen. In ihm sind sieben Aufsätze vereint, die einen guten Überblick über das Reformationsgeschehen im 16. Jahrhundert im „Osten“ geben. Das Buch wurde herausgegeben von Parplies/Hutter, kostet 13,90 € und kann bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Bonn unter der Telefonnummer 0228-915120 bestellt werden. *F.V.)*

Wir trauern um unsere Kameraden

Joseph Zeck

x 23.11.1928, † 04.12.2018

Prof. Dr. Helmut Schröcke,

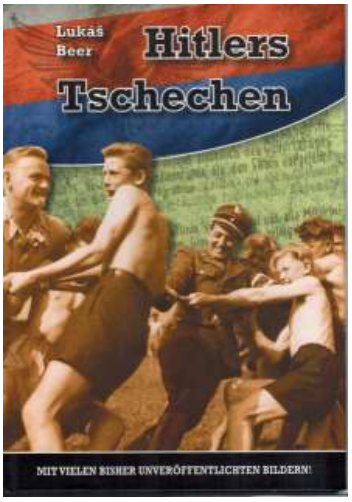
x Zwickau 18.05.1922, † 14.12.2018

Dipl. Ing. Friedrich Zirwick

x Tachau 13.08.1931, †14.02.2019

Wir werden ihrer stets ehrend gedenken!

Ausführliche Würdigungen enthält Witiko-Intern!



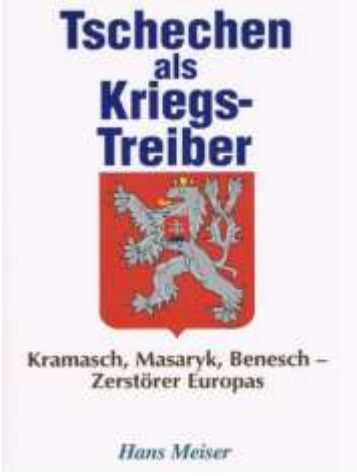
neu! € 45,- (ein absolutes MUSS!)

€ 5,-

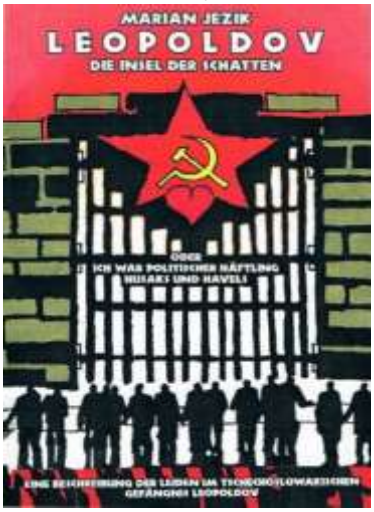
€ 11,-

€ 9,-

Neu! € 16,50

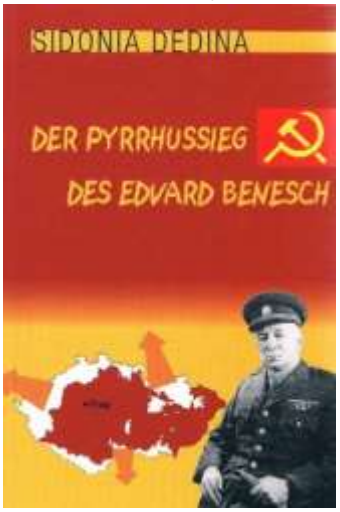


€ 15,-



€ 7,-

€ 10,-



€ 10,-

Bestellungen bitte über Netz-Post witikobund-bundesverband@freenet.de